

Passau hat ein Verkehrsproblem und braucht zukunftsweisende Lösungen

Angesichts einer drohenden Klage der EU-Kommission beabsichtigt die geschäftsführende Bundesregierung die Maßnahmen für sauberere Luft in deutschen Städten auszuweiten. Der CSU-Kreisvorsitzende Dr. Holm Putzke begrüßt diese Initiative und fordert eine Einbeziehung Passaus: „Passau hat ein Verkehrsproblem und braucht, wie kaum eine andere bayerische Stadt, dringend zukunftsweisende, ökologische und sozial fortschrittliche Ideen, um die Luft- und Lebensqualität zu verbessern. Mobilität in der Stadt verlangt zuerst nach geistiger Mobilität für Alternativen.“ Der Vorsitzende des „Arbeitskreises Umweltsicherung und Landesentwicklung“ (AKU) des CSU-Kreisverbandes Passau-Stadt, Dr. Rudi Eder, sieht auch keine Entspannung bei der Problematik: „Durch den Zuzug von jungen Familien in die Vororte und in zentrumsferne Wohngebiete wird der Individualverkehr weiter zunehmen und die bestehenden Probleme im Berufsverkehr und bei der Luftverschmutzung noch erhöhen.“

Angesichts der massiven Verkehrsprobleme, unter denen Passau nicht nur im Zentrum leidet, vor allem zu Stoßzeiten, hält der CSU-Kreisvorsitzende eine Verbesserung des Nahverkehrskonzepts für unverzichtbar und wirft dem Oberbürgermeister Untätigkeit vor: „Die Öffnung der Ringstraße war reiner Populismus und ein Taschenspielertrick zwecks Wählertäuschung, womit Jürgen Dupper zwar die Wahl gewonnen, die Verkehrsprobleme aber nicht gelöst, sondern sogar verschärft hat. Seit einem Jahrzehnt wird stur geleugnet, dass es ein Verkehrsproblem gibt, und es herrscht seitdem lähmender Stillstand, dessen Folgen viele Passauer Autofahrer nahezu täglich zu Stoßzeiten zu spüren bekommen.“

Nicht zuletzt aus diesen Gründen hält die CSU die von Umweltministerin Barbara Hendricks, Verkehrsminister Christian Schmidt und Kanzleramtschef Peter Altmaier in einem Brief an EU-Umweltkommissar Karmenu Vella erwähnte Maßnahme eines kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs für prüfenswert, um mit einem attraktiven ÖPNV-Angebot Autofahrer zum Umstieg auf Busse zu motivieren und so den Individualverkehr zu reduzieren. Nicht zuletzt ließe sich dadurch auch Fahrverboten vorbeugen.

Deshalb hat die CSU einen Antrag gestellt, der den an die Verwaltung gerichteten Prüfauftrag beinhaltet, unter welchen Rahmenbedingungen (Kosten etc.) kostenloser ÖPNV in Passau realisierbar ist, ohne dass dadurch das bestehende Angebot im ÖPNV geschwächt oder Arbeitsplätze in Gefahr geraten. Dabei sind auch Folgekosten zu berücksichtigen, die bei den Stadtwerken entstehen, um adäquat auf das zu erwartende höhere Fahrgastaufkommen und die Verdichtung des Fahrplans reagieren zu können. Gleichzeitig sind Anstrengungen zu unternehmen, Pilotstadt zu werden im Rahmen der Initiative der Bundesregierung für die Einrichtung eines kostenlosen Personennahverkehrs, ggf. sind für eine Bewerbung alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen und Voraussetzungen zu schaffen. Dabei ist darauf zu achten, dass für die Umstellung auf kostenlosen ÖPNV eine vollständige Übernahme aller anfallenden Kosten durch den Bund garantiert ist.